



## Vorlage Stadtparlament

vom 5. Januar 2016

Nr. 3807

---

152.15.11 Stadtparlament: Postulate

**Postulat Basil Oberholzer und Franziska Ryser: Investiert die städtische Pensionskasse in fossile Energien?; Frage der Erheblicherklärung****Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat „Investiert die städtische Pensionskasse in fossile Energien?“ wird **nicht erheblich** erklärt.

---

Basil Oberholzer und Franziska Ryser sowie 32 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 24. November 2015 das beiliegende Postulat „Investiert die städtische Pensionskasse in fossile Energien?“ ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

**1 Ausgangslage**

Die Versicherungskasse der Stadt St.Gallen wurde mit dem vom Stadtparlament am 30. April 2013 erlassenen Reglement über die Pensionskasse der Stadt St.Gallen (Pensionskassenreglement [PKR; sRS194.1]) als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt per 1. Januar 2014 aus der Stadtverwaltung ausgegliedert. Die Stimmbürgerschaft bewilligte am 22. September 2013 den notwendigen Kredit von CHF 216.5 Mio. für die Ausfinanzierung der Kasse.

Die Ausgliederung erfolgte aufgrund der von den eidgenössischen Räten im Dezember 2010 beschlossenen Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; SR 831.40) mit dem Titel „Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften“. Diese trat per 1. Januar 2014 in Kraft. Mit der Revision wurden die bisherigen Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrich-



tungen teilweise abgeschafft und im Übrigen grundlegend geändert (siehe auch Vorlage des Stadtrats an das Stadtparlament; Nr. 25 vom 15. Januar 2013, behandelt vom Stadtparlament an seiner Sitzung vom 30. April 2013):

- a) Als Rechtsform sind nur noch privatrechtliche Stiftungen oder Einrichtungen des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit zulässig.
- b) Bei Einrichtungen des öffentlichen Rechts können entweder die Bestimmungen über die Leistungen oder jene über die Finanzierung von der betreffenden öffentlich-rechtlichen Körperschaft erlassen werden (Art. 50 Abs. 2 BVG). Die Stadt St.Gallen hat im Pensionskassenreglement Bestimmungen über die Finanzierung erlassen.

## **2 Rechtliche Beurteilung**

Mit der Ausgliederung der Pensionskasse aus der Stadtverwaltung kommt die operative Verantwortung für die Vorsorgeeinrichtung ausschliesslich dem obersten Organ (hier: der paritätisch zusammengesetzten Verwaltungskommission) zu (Art. 51 BVG). Das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung nimmt die Gesamtleitung der Vorsorgeeinrichtung wahr, sorgt für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben, bestimmt die strategischen Ziele und Grundsätze der Vorsorgeeinrichtung sowie die Mittel zu deren Erfüllung. Es legt die Organisation der Vorsorgeeinrichtung fest, sorgt für ihre finanzielle Stabilität und überwacht die Geschäftsführung (Art. 51a Abs. 1 BVG).

Gemäss Art. 51a Abs. 2 BVG gehören zu den unübertragbaren und unentziehbaren Aufgaben dieses Gremiums u.a.:

- lit. m) Festlegung der Ziele und der Grundsätze der Vermögensverwaltung sowie der Durchführung und Überwachung des Anlageprozesses;
- lit. n) periodische Überprüfung der mittel- und langfristigen Übereinstimmung zwischen der Anlage des Vermögens und den Verpflichtungen.

Art. 71 BVG bestimmt betreffend Vermögensverwaltung: „Die Vorsorgeeinrichtungen verwalten ihr Vermögen so, dass Sicherheit und genügender Ertrag der Anlagen, eine angemessene Verteilung der Risiken sowie die Deckung des voraussehbaren Bedarfes an flüssigen Mitteln gewährleistet sind.“

Mithin entscheidet von Gesetzes wegen allein die Vorsorgekommission über die Anlagestrategie und die daraus folgenden Anlagen. Diese Aufgabe kann der Kommission weder entzogen werden noch kann die Kommission darauf verzichten. Wenn diese Vorgaben nicht mehr



erfüllt wären, würde ein Einschreiten der Aufsichtsbehörden erfolgen. Die Aufsichtsbehörde könnte in diesem Fall der Verwaltungskommission mittels Verfügung direkte Handlungsanweisungen erteilen, wie der gesetzmässige Zustand wieder erreicht werden kann.

Bei dieser Sachlage müsste das vorliegende Postulat als nicht zulässig erklärt werden. Seine Zielsetzung, der Pensionskasse Stadt St.Gallen Anlagevorschriften zu machen, ist nämlich durch Bundesrecht ausgeschlossen.

Der Stadtrat wird aber in der nachfolgenden Ziffer 3 aus Transparenzgründen die aktuelle Anlagestrategie der Pensionskasse bezüglich Investitionen in fossile Energieträger erläutern.

### **3 Bericht über die Investitionsstrategie der Pensionskasse**

Die Pensionskasse Stadt St.Gallen verfolgt – unter Beachtung der Vorschriften des Bundesrechts – eine ausgewogene und umfassende Anlagepolitik.

Die Anlagen sind auf den Grundlagen einer möglichst hohen Sicherheit und mit Blick auf die Liquiditätsbedürfnisse angelegt. Die Anlagepolitik ist zudem auf Wachstum des Vermögens ausgerichtet. Es soll ein dem Geld-, Kapital- und Immobilienmarkt entsprechender Ertrag erzielt werden, wobei die Anlagepolitik auf einer breiten Risikoverteilung und Anlagediversifikation basiert. Der Ertrag soll es ermöglichen, die Leistungsversprechen der Pensionskasse zu erfüllen.

Die Stimmrechtsausübung der Schweizer Aktien wird nach den „Richtlinien zur Ausübung der Stimmrechte“ der Ethos AG wahrgenommen. Zudem ist die Pensionskasse Stadt St.Gallen (vormals Versicherungskasse der Stadt St.Gallen) seit dem 12. April 2011 Mitglied des Ethos Engagement Pool's (EEP). Der EEP führt im Auftrag seiner Mitglieder den Dialog mit börsenkotierten Unternehmen über Good Governance sowie soziale und ökologische Verantwortung.

Da die Anlagepolitik aus Kostengründen teilweise mit Passiven Instrumenten umgesetzt wird, ist allerdings nicht völlig auszuschliessen, dass indirekt auch in Firmen investiert wird, die nicht den Good Governance - Kriterien entsprechen. Ein typisches Instrument für passives Investieren ist der sogenannte Exchange Traded Fund (ETF). ETF's sind börsengehandelte Investmentfonds, die einen Index (wie z. B. den DAX oder SMI) nahezu identisch abbilden.

Direkte Investitionen in Rohstoffe bzw. fossile Energien betragen insgesamt CHF 8.2 Mio. oder 0.6 % des Anlagevermögens per 31.Oktober 2015 (siehe Beilage Anlagestrategie und



strategische Bandbreiten). Die indirekten Investitionen in fossile Energieträger können nicht beziffert werden, da hier eine klare Abgrenzung fehlt.

## Anlagestrategie und strategische Bandbreiten

Anlagesegmente (mit Aufteilung Kollektivanlagen)	31.10.2015 Mio. CHF		31.12.2014 Mio. CHF		Limite BVV 2	Langfristige Zielsetzung	Taktische Bandbreiten
<b>Kurzfristige und liquide Mittel</b>	<b>115.4</b>	<b>9.1%</b>	<b>163.2</b>	<b>13.0%</b>	<b>100% a)</b>	<b>10.0%</b>	<b>2.0-20.0%</b>
<b>Darlehen gegenüber Stadt St.Gallen</b>	<b>17.2</b>	<b>1.4%</b>	<b>17.3</b>	<b>1.4%</b>	<b>5% b)</b>	<b>0.0%</b>	<b>0.0-5.0%</b>
<b>Hypotheken</b>	<b>70.2</b>	<b>5.5%</b>	<b>71.3</b>	<b>5.7%</b>	<b>50%</b>	<b>5.0%</b>	<b>0.0-15.0%</b>
<b>Obligationen Schweiz (CHF)</b>	<b>101.4</b>	<b>8.0%</b>	<b>100.9</b>	<b>8.0%</b>	<b>100% a)</b>	<b>10.0%</b>	<b>5.0-18.0%</b>
<b>Obligationen Ausland</b>	<b>134.0</b>	<b>10.6%</b>	<b>130.7</b>	<b>10.4%</b>	<b>100% a)</b>	<b>8.0%</b>	<b>0.0-12.0%</b>
Obligationen Investment Grade Ausland	19.0	1.5%	19.2	1.5%		0.0%	0.0-5.0%
Obligationen EM hedged in CHF	0.0	0.0%	0.0	0.0%		0.0%	0.0-5.0%
Obligationen High Yield	46.6	3.7%	46.1	3.7%		4.0%	0.0-6.0%
Wandelanleihen	68.4	5.4%	65.4	5.2%		4.0%	0.0-6.0%
<b>Nominalwertanlagen</b>	<b>438.1</b>	<b>34.6%</b>	<b>483.4</b>	<b>38.5%</b>		<b>33.0%</b>	
<b>Aktien Schweiz</b>	<b>206.2</b>	<b>16.3%</b>	<b>194.0</b>	<b>15.5%</b>		<b>15.0%</b>	<b>7.0-19.0%</b>
<b>Aktien Ausland</b>	<b>257.2</b>	<b>20.3%</b>	<b>240.5</b>	<b>19.2%</b>	<b>50% c)</b>	<b>18.0%</b>	<b>10.0-22.0%</b>
<b>Immobilien</b>	<b>272.1</b>	<b>21.5%</b>	<b>254.1</b>	<b>20.2%</b>	<b>30% d)</b>	<b>26.0%</b>	<b>14.0-28.0%</b>
Immobilien Schweiz Direkt	166.7	13.1%	166.7	13.3%		18.0%	14.0-20.0%
Immobilien Schweiz Anlagestiftungen	70.7	5.6%	67.3	5.4%		3.0%	0.0-7.0%
Immobilien Schweiz Anlagefonds	21.4	1.7%	16.0	1.3%		5.0%	0.0-7.0%
Immobilien Ausland	13.2	1.0%	4.1	0.3%		0.0%	0.0-5.0%
<b>Alternative Anlagen</b>	<b>94.4</b>	<b>7.4%</b>	<b>82.9</b>	<b>6.6%</b>	<b>15%</b>	<b>8.0%</b>	<b>0.0-10.0%</b>
Taktische Umsetzung	54.0	4.3%	51.8	4.1%		4.0%	0.0-6.0%
Hedge Funds hedged CHF	15.5	1.2%	8.1	0.6%		0.0%	0.0-4.0%
Insurance Linked Securities	0.0	0.0%	0.0	0.0%		2.0%	0.0-4.0%
Privat Equity	16.7	1.3%	13.9	1.1%		2.0%	0.0-3.0%
Rohstoffe	8.2	0.6%	9.1	0.7%		0.0%	0.0-2.0%
<b>Sachwertanlagen</b>	<b>829.9</b>	<b>65.4%</b>	<b>771.5</b>	<b>61.5%</b>		<b>67.0%</b>	
<b>TOTAL Bilanzsumme</b>	<b>1'268.0</b>	<b>100.0%</b>	<b>1'254.9</b>	<b>100.0%</b>		<b>100.0%</b>	

a) maximal 10% pro Schuldner

b) die Limite von 5% betrifft ungesicherte Anlagen beim Arbeitgeber

c) die Limite von 50% gilt zusammen für Aktien Schweiz und Ausland, max. 5% pro Beteiligung

d) die Limite von 30% gilt zusammen für Immobilien Schweiz und Ausland, davon max. 10%

Immobilien Ausland, max. 5% pro Immobilie

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke



Beilage:

Postulat vom 24. November 2015

